



ANTRAGSBUCH

Zum Ordentlichen Kreiskongress
der Jungen Liberalen Leipzig

10.07.2021, 10.00 Uhr
A&O Hostel Leipzig

Brandenburger Straße 2, 04103

GELEITWORT ZUM ORDENTLICHEN WAHLKONGRESS

Liebe JuLis, liebe Freunde,

seit dem letzten Mal hat sich nicht viel getan, wir schauen immer noch auf Inzidenzen, schränken uns immer noch ein und befinden uns immer noch in einer pandemischen Notlage, bei einer Inzidenz von 1,5 in ganz Leipzig.

Die Jugend, diesen Wert beim Schopfe packend, feiert derweil an der Sachsenbrücke und legt sich in ihrer Trunkenheit mit dem Krankenwagen an, während andere ihre Freiheitssucht damit befriedigen Autos in Gohlis anzuzünden.

Long-Covid scheint noch eine andere Dimension zu haben, geistiger Natur, die uns auch noch eine Weile beschäftigen wird.

Aber lasst euch den Spaß nicht nehmen, der Sommer ist da. Mir ist auch nicht viel positives eingefallen das sich geändert hat, nur ein Haufen Korruption...

Es ist auch bald Wahlkampf, Zeit die Karten wieder neu zu mischen! Ich hoffe man sieht sich dort, draußen, gemeinsam.

Viel Spaß beim Kreiskongress.

Liebe Grüße
Max Winkler

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit
3. Wahl des Versammlungsleiters
4. Wahl des Protokollführers
5. Beschlussfassung über die Tagesordnung
6. Wahl einer Zählkommission
7. Grußworte
8. Satzungsänderungsanträge
9. Durchführung eines Alex-Müller-Verfahrens
10. Berichte
 - a. der Kreisvorsitzenden
 - b. des Kreisschatzmeisters
 - c. ggf. weitere Berichte des Kreisvorstandes
11. Aussprache
12. Wahlen
 - a. eines/r Kreisvorsitzenden
 - b. der stellvertretenden Kreisvorsitzenden
 - c. des/r Schatzmeister/in
 - d. Bestimmung der Zahl der Besitzer/innen
 - e. der Beisitzer/innen
 - f. Kassenprüfer/innen
13. Beratung von Sachanträgen
14. Verschiedenes
15. Schlusswort des/r Kreisvorsitzenden

ANTRAGSÜBERSICHT

Nr.	Titel	Antragsteller	Reihenfolge
1	Digitalkompetenz über die Pandemie hinaus gewährleisten – „Digitalpädagogen“ in Sachsen einführen	Kreisvorstand	
2	Umgang mit E-Scootern im Stadtgebiet	Max Winkler	
3	Wahlrecht ab 0	Johannes Eisele	
4	„Ohne Zuckerzusatz“ – Irreführende EU-Verordnung korrigieren	Rudolf Ascherl	
5	Luftfilter für Leipzigs Schulen	Rudolf Ascherl	
6	Keine Lampen im Landschaftsschutzgebiet: Linken Ordnungsbürgermeister in die Schranken weisen	Rudolf Ascherl	
7	Endlich Rentenfrei	Max Winkler	
8	“Partyszene“ an der Sachsenbrücke	Max Winkler	
9	Den DigitalPakt weiterdenken- mehr Eigeninitiative in der sächsischen digitalen Bildungspolitik	Kreisvorstand	

Organisatorische Hinweise zum Kreiskongress

1. Bitte druckt euch das Antragsbuch aus oder bringt es digital mit zum Kongress! Wir werden aus Kostengründen vor Ort nicht für alle Teilnehmer ausreichend Antragsbücher vorrätig haben.
2. **Dringlichkeitsanträge** können bis zum Beginn des Kongresses gestellt werden und sollten vor Ort direkt beim frisch gewählten Präsidium eingereicht werden. Der Kongress muss jedoch vorab über die Dringlichkeit befinden (merke: das versäumen der Antragsfrist begründet noch keine Dringlichkeit!) Nur Sachanträge können dringlich sein.

3. Antragsberatung

Anträge werden grundsätzlich in drei sogenannten Lesungen beraten – die Reihenfolge der zu beratenden Anträge legt Ihr im sog. Alex-Müller-Verfahren selbst fest:

1. Lesung – hier findet eine Generaldebatte über den Antrag statt.
2. Lesung – hier werden die eingereichten Änderungsanträge für jede Antragspassage der Reihenfolge nach (bezogen auf den Text des Ursprungsantrags) beraten und ggf. beschlossen.
3. Lesung – hier findet die Endabstimmung über den ggf. durch Änderungsanträge geänderten Gesamtantrag statt

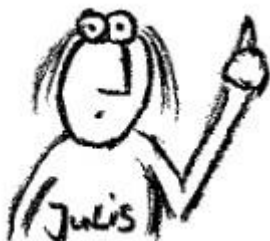
4. Änderungsanträge

Zu allen Anträgen könnt ihr Änderungen, Streichungen oder Ersetzungen schriftlich formulieren. Bitte benutzt pro Änderungsantrag ein DIN-A4-Blatt und reicht diesen beim Präsidium ein.

5. Teilnahme am Kongress (Richtiges Melden – ©JuLis Thüringen):

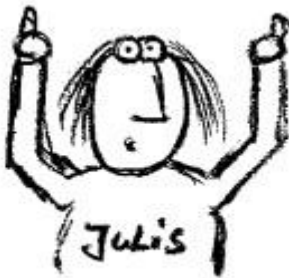
a. Wortmeldung

Du möchtest dich zu einem Antrag zu Wort melden? Bitte melde dich mit einem Arm und achte darauf, dass das Präsidium Dich auch bemerkt:



b. Geschäftsordnungsantrag

Ein sog. GO-Antrag beschäftigt sich mit dem Ablauf des Kongresses und ist nach Möglichkeit sofort aufzurufen. Denkbar sind Anträge auf: Redezeitbegrenzung. Sofortige Abstimmung, Schluss der Rednerliste, Übergang in die 3. Lesung etc. – hierfür melde dich bitte mit beiden Armen! Wird ein GO-Antrag nicht (formal) widersprochen gilt er als angenommen!



c. Zwischenfrage

Willst du einem Redner eine Zwischenfrage (und zwar nur eine Frage) stellen, stehe bitte auf und führe deine Arme über deinem Kopf wie ein Dach zusammen. Das Präsidium wird den Redner bei Gelegenheit unterbrechen und fragen, ob er eine Zwischenfrage zulässt. Der Redner muss eine Zwischenfrage allerdings nicht zulassen!



Kennung: 2021-07-10-01

Sachantrag:

**Digitalkompetenz über die Pandemie hinaus gewährleisten
– „Digitalpädagogen“ in Sachsen einführen**

Antragsteller:

Kreisvorstand

Antragstext:

Die Julis Leipzig mögen beschließen:

- 1 die bereits bestehenden Module zum Kompetenzerwerb in der digitalen Bildung im
- 2 Lehramtsstudium in Sachsen¹ zu bündeln und zu einer vollwertigen Qualifikation als
- 3 „Digitalpädagoge“ ausbauen. Diese medienpädagogische Ausbildung soll als Vollwertiger
- 4 Masterstudiengang auch fächerübergreifend nach Vorbild des estnischen Studiengangs
- 5 „Educational technology“² oder eines ähnlichen Studienganges an der Universität des
- 6 Saarlands³ erfolgen.
- 7
- 8 Digitalpädagogen sollen an den sächsischen Schulen Medieninhalte und IT-Kenntnisse
- 9 vermitteln oder für die IT-Bildungsadministration und die Weiterentwicklung digitaler Lern-
- 10 und Schulkonzepte eingesetzt werden. Der Freistaat muss dabei auf eine
- 11 flächendeckende Verteilung der Digitalpädagoginnen und Digitalpädagogen achten. Die
- 12 geschaffenen Studienmodule können zudem für Fort- und Weiterbildungen für Lehrerinnen
- 13 und Lehrer, die bereits im Beruf sind, genutzt werden.

Antragsbegründung:

Erfolgt mündlich

1 Sächsischer Landtag, 2020, Drks. Nr. 7/4366, Anhang 1
2 <https://www.ht.ut.ee/en/admissions/educational-technology-ma>
3 <https://www.uni-saarland.de/studium/angebot/master/edutech.html>

Kennung: 2021-07-10-02

Sachantrag:

Umgang mit E-Scootern im Stadtgebiet

Antragsteller:

Kreisvorstand

Antragstext:

Die Julis Leipzig mögen beschließen:

- 1 das die Stadt Leipzig den Zugang für Verleiher von E-Scootern erleichtert. Dabei muss die
2 Nutzung der E-Scooter jedoch genau beobachtet und wenn nötig einschränkt werden, da-
3 mit einer Behinderung des Verkehrs oder eine Verschmutzung der Umwelt möglichst ver-
4 hindert werden.
- 5 Zum einen soll eine Balance gefunden werden, damit viel frequentierte Bereiche nicht
6 durch das Abstellen der Roller behindert werden, während aber auf der anderen Seite die
7 Roller an möglichst vielen Orten abstellbar sein sollen um so auch den Anreiz der Nutzung
8 zu haben da man bis nach Hause fahren kann. Die Stadt Dresden etwa hat so genannte
9 "Rote Zonen" in denen die Roller nicht abgestellt werden dürfen. Dortmund etwa begrenzt
10 die Menge an Rollern die gleichzeitig an einer Stelle abgestellt werden dürfen auf 4 be-
11 grenzt. Beide Maßnahmen sind geeignet um eine Verstopfung zu verhindern.
- 12 Weiterhin kann der Mängelmelder der Stadt Leipzig erweitert werden (<https://buergerbe->
13 [teilung.sachsen.de/portal/leipzig/beteiligung/themen/1024271](https://buergerbeteiligung.sachsen.de/portal/leipzig/beteiligung/themen/1024271)). Hier können die Bürger
14 zur Sicherheit und Ordnung in der Stadt beitragen und auch so das Angebot langfristig si-
15 chern. Fahrzeuge die daraufhin von der Stadt eingesammelt werden, werden nur gegen
16 Gebühr wieder an das Unternehmen zurück gegeben, ähnlich Autos die abgeschleppt
17 wurden.
- 18 Die Betreiber sollen zudem verpflichtet werden, die Bergung der Roller zu übernehmen
19 und wenn nötig mit der Stadt zusammen zu arbeiten, da sie über die GPS Informationen
20 verfügen die Aufzeigen ob nicht ein Scooter in einem Fluss gelandet ist. Ein Betreiber aus
21 Köln etwa nutzt mit Sonar ausgestattete Drohnen um den Rhein abzufliegen und Ber-
22 gungsaktionen mit der Stadt zu koordinieren.
- 23 Wir könnten uns auch eine Vergütung von Nutzern vorstellen, die die Roller aufräumen,
24 was aber der Anbieter anbieten muss.
- 25 E-Scooter können die individuelle Mobilität unterstützen und in den allgemeinen ÖPNV in-
26 tegriert werden. Dabei darf es jedoch nicht dazu kommen das andere Bereiche zurück tre-
27 ten müssen, denn nur so sind die Scooter eine sinnvolle Ergänzung.

Antragsbegründung:

Erfolgt mündlich

Kennung: 2021-07-10-03

Sachantrag:

Wahlrecht ab 0

Antragsteller:

Johannes Eisele

Antragstext:

Die Julis Leipzig mögen beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen Leipzig sprechen sich deutlich für die Aufhebung der Altershürde für
- 2 das aktive Wahlrecht in allen politischen Kommunal-, Bundes- und Europawahlen, also
- 3 das „Wahlrecht ab 0“ aus. Dabei sollen Eltern stellvertretend für ihre Kinder wählen dürfen,
- 4 bis diese sich in der Lage fühlen selbst zu wählen. Gleichzeitig fordern wir eine verstärkte
- 5 politische Bildung für Jugendliche, sowohl schulisch als auch freiwillig außerschulisch.

Antragsbegründung:

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind ein bedeutender Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie sind die, welche mit den Konsequenzen politischer Entscheidungen am längsten konfrontiert sind. Um so widersprüchlicher erscheint es, diesen Menschen das Recht abzusprechen, über ihre Zukunft mitzuentcheiden. Aktuell zählt das Statistische Bundesamt¹ etwas mehr als 13,7 Mio. Deutsche unter 18 Jahren, dies entspricht 16,5% der Gesamtbevölkerung. Jeder Bürger der Bundesrepublik kann von Geburt an Erben und auch bei diversen Steuern wird man bereits von Geburt an herangezogen (z.B. Umsatz- oder Kapitalertragssteuer). Vor dem Hintergrund, dass die Bevölkerung Deutschlands immer älter wird und das Wahlrecht aus guten Gründen nach oben hin nicht beschränkt ist, lässt sich eine Beschränkung nach unten kaum rechtfertigen. Eine Involvierung von allen Altersgruppen würde die Politik zwingen die Interessen junger Menschen ernster zu nehmen, den gesamtgesellschaftlichen-, schulischen- und innerfamiliären politischen Diskurs fördern und weitere Anreize für viele junge Menschen schaffen sich politisch zu engagieren und weiterzubilden. Natürlich müssen hier dann auch entsprechende Möglichkeiten ausgebaut und geschaffen werden. Bis 2019 hat der Staat auch Menschen mit geistigen Einschränkungen in Betreuung das Recht abgesprochen am politischen Diskurs teilzuhaben. Dies hat sich dann auf ein Urteil² des BVerfG hin geändert. Heute darf eine 105-Jährige demenzkranke Frau wählen, dem 14-Jährigen politisch interessierten Jugendlichen, der eine ungefähre Lebenserwartung von 76-Jahren hat und damit potenzielle 62 Jahre lang mit den Folgen der Wahlentscheidung der älteren Frau leben muss, sprechen wir als Gesellschaft die Mündigkeit allerdings ab.

Bei der Forderung eines Wahlrechts ab 0 Jahren wird nicht erwartet, dass ein Säugling zur Wahlurne krabbelt, vielmehr geht es darum jedem Bürger eine Stimme zuzusprechen. Eltern können so mit ihren Kindern gemeinsam wählen, man macht sich hier in der Familie aktiv Gedanken über die beste Wahlentscheidung. Der Wahlgrundsatz der Wahlgleichheit,

spricht, dass jeder Wähler genau eine Stimme hat, wird hierbei nicht verletzt, denn auch unter 18-jährige sollten eine Stimme bekommen. Von den Eltern erwarten wir, als Gesellschaft auch aktuell die beste Entscheidung im Sinne des Kindes zu treffen, es sollte diese nicht überfordern dies auch bei der Wahlentscheidung zu tun, solange das Kind dazu noch nicht selbst in der Lage ist. Ab ungefähr 13 Jahren werden viele Kinder dann auch selbst in der Lage sein ihr aktives Wahlrecht auszuüben, immerhin spricht unser Staat ihnen ab diesem Alter das Recht zu, selbst über die eigene Religion entscheiden zu können.

Das Wahlalter in der BRD wurde bereits von 21 auf 18 Jahre und in einigen Bundesländern für Kommunalwahlen auch auf 16 Jahre herabgesetzt. Sich bei dem Privileg zu wählen an (mehr oder weniger) willkürlichen Zahlen festzubeißen ist meines Erachtens ethisch nicht vertretbar. Dann warum ist das Wahlalter nun 18 und nicht 18,5 Jahre? Thorsten Faas, ein deutscher Politikwissenschaftler und Wahlforscher hat in Zusammenarbeit mit einem Kollegen in einer Studie festgestellt, dass 16/17-Jährige in Brandenburg (Wahlalter bei Kommunalwahlen = 16) politikbewusster sind als in Sachsen (Wahlalter bei Kommunalwahlen = 18). Also stößt das Argument: „Kinder sind einfach noch nicht ausreichend gebildet und interessiert an den politischen Fragen unserer Zeit“ hier auf ein Henne-Ei-Problem. Ich glaube, dass die Möglichkeit selbst die Politik mitzugestalten bei vielen Jugendlichen für ein erhöhtes Interesse sorgt und somit unsere Demokratie und letztlich auch die Legitimität getroffener politischer Entscheidungen voranbringt. Ja: nicht jeder Bürger und jede Bürgerin beschäftigt sich aktiv mit dem politischen Geschehen oder trifft eine uns zuträgliche Wahlentscheidung, dies gilt gleich für Volljährige wie für Minderjährige, aber genau das macht unsere Demokratie aus und jeder der wirklich an unser System glaubt, muss dies einsehen und diesem Antrag zustimmen.

1- <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/liste-altersgruppen.html>
(abgerufen: 26.06.2021)

2 -
https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2019/01/cs20190129_2bvc006214.html
(abgerufen am 26.06.2021)

Kennung: 2021-07-10-04

Sachantrag:

„Ohne Zuckerzusatz“ – Irreführende EU-Verordnung korrigieren

Antragsteller:

Rudolf Ascherl

Antragstext:

Die Julis Leipzig mögen beschließen:

- 1 Die Verordnung über Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel
- 2 (EG1924/2006) soll dahingehend geändert werden, dass die irreführende Ansage „Ohne
- 3 Zuckerzusatz“ vollständig verboten wird.

Antragsbegründung:

Die betreffende EG-Verordnung hat ihr Ziel, irreführende Werbeaussagen zu beschränken, im deutschsprachigen Raum vollständig verfehlt. Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs ist es nur folgerichtig diese für und durch die Briten eingebrachte Änderung wieder zu streichen. Es existieren bereits zwei eindeutiger bzw. verständlichere Aussagen („zuckerarm“ und „zuckerfrei“). Die durch die Regulierungswort künstlich in den deutschsprachigen Raum eingeführte Aussage „Ohne Zuckerzusatz“ wurde für Marketingzwecke instrumentalisiert. Der Vorgang ist zum Beispiel für die negativen Auswirkungen von EU-Überregulation geworden. Die Formulierung müsste folgerichtig – mindestens für eine gewisse Zeit – vollständig verboten werden, um die negativen Auswirkungen umzukehren.

Auszug EG1924/2006:

ZUCKERARM. Die Angabe, ein Lebensmittel sei zuckerarm, sowie jegliche Angabe, die für den Verbraucher voraussichtlich dieselbe Bedeutung hat, ist nur zulässig, wenn das Produkt im Fall von festen Lebensmitteln nicht mehr als 5 g Zucker pro 100 g oder im Fall von flüssigen Lebensmitteln 2,5 g Zucker pro 100 ml enthält.

ZUCKERFREI. Die Angabe, ein Lebensmittel sei zuckerfrei, sowie jegliche Angabe, die für den Verbraucher voraussichtlich dieselbe Bedeutung hat, ist nur zulässig, wenn das Produkt nicht mehr als 0,5 g Zucker pro 100 g bzw. 100 ml enthält.

OHNE ZUCKERZUSATZ. Die Angabe, einem Lebensmittel sei kein Zucker zugesetzt worden, sowie jegliche Angabe, die für den Verbraucher voraussichtlich dieselbe Bedeutung hat, ist nur zulässig, wenn das Produkt keine zugesetzten Mono- oder Disaccharide oder irgendein anderes wegen seiner süßenden Wirkung verwendetes Lebensmittel enthält.

Wenn das Lebensmittel von Natur aus Zucker enthält, sollte das Etikett auch den folgenden Hinweis enthalten: „ENTHÄLT VON NATUR AUS ZUCKER“.

Kennung: 2021-07-10-05

Sachantrag:

Luftfilter für Leipzigs Schulen

Antragsteller:

Rudolf Ascherl

Antragstext:

Die Julis Leipzig mögen beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen Leipzig sprechen sich für den Erwerb von Luftfilteranlagen zum
- 2 Schutz von Schülern und Lehrkräften aus.

Antragsbegründung:

Erfolgt mündlich

Kennung: 2021-07-10-06

Sachantrag:

Keine Lampen im Landschaftsschutzgebiet: Linken Ordnungsbürgermeister in die Schranken weisen

Antragsteller:

Rudolf Ascherl

Antragstext:

Die Julis Leipzig mögen beschließen:

1 Die Jungen Liberalen Leipzig bewerten den Vorschlag des [Option: Law-And-] Ordnungs-
2 bürgermeisters Heiko Rosenthal, zur Vertreibung von Menschen von der Sachsenbrücke
3 Dauerbeleuchtung einzusetzen, eine Absage.

4
5 Begründung: Der Ordnungsbürgermeister Heiko Rosenthal vertreibt gerne Menschen mit
6 "sanfter Gewalt": Da gibt man auch als Linker gerne mal städtische Flächen kostenfrei an
7 Privat ab, um das zu tun, was von Staatswegen verboten ist: mit klassischer Musik in un-
8 angenehmer Lautstärke gegen Obdachlose am Bahnhof. Die Wirkung dieser Maßnahmen
9 war stets zweifelhaft: Obdachlosigkeit und deren Auswirkungen wurden dadurch jedenfalls
10 verdrängt, aber nicht gemindert.

11
12 Gleiches ereignet sich nun auf der Sachsenbrücke: Durch den empfindlichen Eingriff in
13 das Landschaftsschutzgebiet wird das lange bestehende Problem der Durchsetzungsfä-
14 higkeit des Ordnungsbürgermeisters nicht behoben. Es drängt sich der Eindruck auf, der
15 Linke Bürgermeister müsse durch solche mit viel Brimborium geführten Kleinkämpfe die
16 Augen von den großen Problemen bei seiner Amtsführung ablenken: Den Knüppel sollte
17 Rosenthal nicht gegen Parkbesucher schwingen, sondern sich lieber gegen Fahrradkrimi-
18 nalität, den Müll und den vielen anderen Aufgaben stellen, die ihm eigentlich anstehen.

Antragsbegründung:

Erfolgt mündlich

Kennung: 2021-07-10-07

Sachantrag:

Endlich Rentenfrei

Antragsteller:

Max Winkler

Antragstext:

Die Julis Leipzig mögen beschließen:

- 1 dass auch für Angestellte die Möglichkeit geschaffen wird aus der gesetzlichen Rentenver-
- 2 sicherung auszutreten. Dabei bleiben bisherige Rentenansprüche entweder bestehen oder
- 3 man kann sich seinen Gesamtanspruch mit einem Abschlag von 50% auszahlen lassen.

- 4 Zudem soll der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeitrag zur Rente auf maximal 18,5%
- 5 erhöht werden können. Das wird dazu führen, dass die Rente schließlich abnehmen muss,
- 6 wofür aber einzig und allein die sich in Rente befindlichen oder in Rente gehenden Gene-
- 7 rationen verantwortlich sind, indem sie zu wenig Kinder bekommen haben (und selbst
- 8 nicht vorgesorgt bzw. sich auf den Staat verlassen haben).

Antragsbegründung:

Was macht einen Sklaven aus? Der Zwang für andere arbeiten zu müssen – Mikhail Bakunin

Ich habe nie einen „Generationenvertrag“ gesehen und damit auch nie unterschrieben, zumal sich bei einem Vertrag auch nicht ständig die Bedingungen ändern sollten. Ich kann mein Geld besser verwalten als der Staat.

Ich habe kein Problem für meine Eltern oder meine Freunde zu sorgen, diese haben mir immerhin das ermöglicht was ich heute habe.

Freiwilligkeit ist die Basis von Freiheit, die Wahl zu haben.

Kennung: 2021-07-10-08

Sachantrag:

“Partyszene“ an der Sachsenbrücke

Antragsteller:

Max Winkler

Antragstext:

Die Julis Leipzig mögen beschließen:

- 1 Die Julis Leipzig stehen öffentlichen und selbst organisierten Feierlichkeiten oder kulturel-
- 2 len Ereignissen wie etwa auf der Sachsenbrücke prinzipiell offen gegenüber. Vor allem
- 3 Künstler profitieren von der niedrigschwelligen Bekanntwerdung.

- 4 Auf der anderen Seite sind ausufernde Partys nicht akzeptabel, da die Kosten, etwa das
- 5 aufräumen, vom Steuerzahler getragen werden, der die Nacht lieber in Ruhe schlafen
- 6 würde um am nächsten Tag wieder auf Arbeit zu gehen. Genauso inakzeptabel sind Mes-
- 7 serstechereien.

- 8 Wir fordern daher dass die Polizei schon beim aufkeimen von Problemen eingreift und et-
- 9 waige Aufwiegler und Problemstifter gezielt aus der Menge entfernt um eine angenehme
- 10 Atmosphäre für alle zu schaffen. Vorher sollten natürlich Verwarnungen ausgesprochen
- 11 werden. Entweder es feiern alle mitsamt der Polizei oder gar keiner.

- 12 Wenn auf diese Weise dem Problem nicht bei zu kommen ist, sehen wir die Stadt dazu
- 13 gezwungen, dass sich jeder Künstler der im Stadtgebiet auf öffentlichen Flächen auftreten
- 14 möchte vorher eine Lizenz holt. Die Kosten der Lizenz richten sich nach dem Ort, der Uhr-
- 15 zeit und der Länge des Auftritts und den damit für die Stadt vermutlich entstehenden Kos-
- 16 ten. Diese fallen umso geringer aus umso friedlicher eine Ansammlung verläuft und umso
- 17 aufgeräumter die Fläche zurückgelassen wird.

Antragsbegründung:

Erfolgt mündlich

Sachantrag:

Den DigitalPakt weiterdenken- mehr Eigeninitiative in der sächsischen digitalen Bildungspolitik

Antragsteller:

Kreisvorstand

Antragstext:

Die Julis Leipzig mögen beschließen:

1 Wir begrüßen die im Ländervergleich zügige Vergabe der Mittel aus dem DigitalPakt und
2 dem Sofortausstattungsprogramm zur Ausrüstung der Schulen mit digitalen Endgeräten in
3 Sachsen. Dennoch fordern wir die Landesregierung zu mehr Eigeninitiative für eine zu-
4 kunftsträchtige Bildung durch Digitalisierung auf. Wir verstehen die Bundesmittel des Digi-
5 talPakts als Anstoß und Anreiz, nach Aufbau der Infrastruktur für WLAN, Smartboards und
6 digitale Endgeräte endlich ein landeseigenes Konzept vorzulegen (wie es zum Beispiel in
7 Bayern bereits der Fall ist[1]), mit dem gezielt die pädagogische Nutzung der Lernmittel
8 sowie der Aufbau von Lernsoftware unterstützt werden kann. Die Jahrhundertaufgabe digi-
9 tale Bildung darf nicht an politischem Unwillen oder Streitigkeiten um die Finanzierung
10 durch Landesmittel scheitern.

11
12 Zu einem sächsischen Digitalisierungskonzept sollte zählen:

- 13
14 - die Aufrüstung von Lernsax zu einer vollwertigen Schulorganisationsplattform und Ein-
15 richtung eines landesweiten Lernmittel- und Aufgabenpools. Sollte die Plattform sich wei-
16 terhin als fehleranfällig und unzuverlässig erweisen, muss die Landesregierung einen
17 Wechsel des Anbieters oder eine Teilnahme am bundesweiten Schulcloud-Projekt des
18 Hasso-Plattner-Instituts prüfen.
- 19
20 - Ausbau der Vermittlung digitaler Kompetenzen in der Lehrerausbildung
- 21
22 - Beibehaltung und Intensivierung des in der Corona-Pandemie aufgebauten Weiterbil-
23 dungsangebots
- 24
25 - Besonderer Fokus auf Schulen bzw. Träger, die keine Mittel aus dem DigitalPakt erhalten
26 haben bzw. diese nicht beantragten. So muss verhindert werden, dass in der Bereitstel-
27 lung digitaler Lernmittel keine innersächsischen Lücken entstehen

28
29 Die genannten Maßnahmen ließen sich ebenfalls im Rahmen eines weiteren Sofortaus-
30 stattungsprogrammes oder eines vollwertigen „DigitalPakt II/III“ realisieren, auf die der
31 Freistaat im Bundesrat hinwirken soll. Für jeden Euro des Bundes könnte über den Län-
32 dereigenanteil hinaus der Betrag der Landesmittel aufgestockt werden.[2]

Antragsbegründung:

Erfolgt mündlich

[1] <https://www.br.de/nachrichten/bayern/so-digital-starten-bayerns-schulen-nach-ferien,S9Vk9Lu>

[2] <https://www.zeit.de/digital/2021-01/digitalpakt-schule-fernunterricht-homeschooling-tablets-foederalismus-digitale-bildung/komplettansicht>